

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
14 / 2007

Soziale Sicherheit und Frieden

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9
V&R unipress

V&R  unipress

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial:	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat	19
--	----

<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann	43
--	----

<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus	65
--	----

Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i>	89
--	----

<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf	103
--	-----

Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123
--	-----

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

- Stefan Hanheide, Osnabrück
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie«* 143

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

- Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur, am 25. Oktober 2006* 153

- Dieter Senghaas, Bremen
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück* 157

- Roland Czada, Osnabrück
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung
im deutschen Wohlfahrtsstaat* 169

- Hamideh Mohagheghi, Hannover:
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime
in Deutschland so schwierig?* 185

- Alrun Niehage, Osnabrück
»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität 193

- Rainer Werning, Köln
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel.* 209

IV. ANHANG

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 224
Abbildungsnachweis 230

Milan Horáček MdEP, Brüssel / Straßburg und Prag

Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit
im Rathaus der Stadt am 3. Oktober 2006

Bekanntlich begann der Dreißigjährige Krieg mit dem ›Prager Fenstersturz‹, und der wiederum zeigte, wie wichtig, ja lebensrettend ein Misthaufen sein kann. Beendet wurde dieser Krieg – unter anderem – in Osnabrück in einem Saal dieses Rathauses. Im Westfälischen Frieden gründete sich das europäische Staatensystem der Neuzeit und der Moderne: Das ist nur *ein* Beispiel für die Verbindung der deutsch-tschechischen Geschichte.

Die deutsche Wiedervereinigung ist natürlich nicht nur für Deutschland ein historischer Tag. Sie ist für ganz Europa ein Feiertag, denn sie ist eigentlich der Beginn vom Ende der europäischen Spaltung. Mein persönlicher Feiertag aber – und sicherlich nicht nur meiner – erstreckt sich über das ganze Jahr 1989. Dieses Jahr bleibt für uns in Mitteleuropa sehr wichtig, was sich unter anderem an *Václav Havels* Werdegang – vom eingesperrten Dissidenten zum Präsidenten innerhalb eines Jahres – ablesen lässt. Ich habe es hier in telegrafischer Form zusammengefasst:

- In Prag gibt es Anfang des Jahres Demonstrationen: die ›Pallach-Woche‹, so genannt in Erinnerung an den Studenten *Jan Pallach*, der sich im Januar 1969 aus Protest gegen die Niederschlagung des ›Prager Frühlings‹ selbst verbrannte;
- Havel wird zum x-ten Mal verhaftet, aber aufgrund seines Gesundheitszustandes und der starken internationalen Proteste nach einigen Monaten wieder freigelassen;
- Ich werde zum ersten Mal, obwohl vorher vom Innenminister ausgebürgert, halboffiziell nach Südböhmen zu einer Diskussion zu Frieden und Umwelt eingeladen. Anschließend treffe ich den gerade entlassenen Havel zu einer Unterredung. Es erreicht uns die Nachricht vom Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking.
- Später referiere ich an der Sommeruniversität im ungarischen Sopron. Wir besuchen die schon von Stacheldraht befreite Grenze nach Österreich. Am nächsten Morgen fehlen einige ostdeutsche Studenten.

- In Polen wird die erste nicht-kommunistische Regierung unter *Tadeusz Mazowiecki* gebildet.
- Die deutschen Botschaften in Budapest, Warschau, aber vor allem in Prag werden von Tausenden von Flüchtlingen besetzt. Der deutsche Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* verkündet ihnen die Möglichkeit der Ausreise.
- Havel erhält den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, kann aber nicht zur Verleihung nach Frankfurt kommen.
- Dem *Dalai Lama* wird der Friedensnobelpreis verliehen.
- In Berlin fällt die Mauer.
- In der • SSR kommt es zur ›Samtenen Revolution‹. – Ich kann wieder nach Prag fahren.
- Am 29. Dezember wird Havel Präsident. In seiner Neujahrsansprache lädt er den Dalai Lama und den Papst ein.
- Ein paar Wochen später begleiten *Petra Kelly* und ich den Dalai Lama bei seinem Besuch in Prag. Der Papst wird ihm später folgen.
- Am 2. Januar 1990 macht Präsident Havel seine erste Auslandsreise nach Ostberlin und München und trifft die damalige Bundesregierung. Ich begleite ihn und werde in sein Konsultantenteam berufen.

I. — Die Teilung Europas friedlich zu überwinden, war nur durch die Lösung der »Deutschen Frage« möglich. Viele, vor allem der Linken, wollten das lange nicht wahrhaben. Dass sie sich gegen die Wiedervereinigung aussprachen, kann ich teilweise nachvollziehen. Die Angst vor den ›starken Deutschen‹ war da. Die Wunden verheilen, aber Narben bleiben und bei Veränderungen der Großwetterlage melden sie sich.

Doch die Ablehnung gegenüber der Wiedervereinigung war eigentlich ein Misstrauensvotum gegen das europäische Projekt. Denn *diesem* wurde damit die Fähigkeit abgesprochen, das große Deutschland zu bändigen. Umso mehr möchte ich einige Freunde aus der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung ›Charta 77‹ – die Dissidenten – und auch *Rudi Dutschke* hier nennen. Sie hielten die Deutsche Frage nicht für erledigt, sondern begriffen sie als eine demokratische und gesellschaftliche Alternative in einem freien Europa. Die Freunde aus der Charta 77 haben das auf eine einfache Formel gebracht: »Die Teilung Europas wird nur überwunden, wenn die Teilung Deutschlands beendet wird«. – Ein einfacher, ein wahrer Satz. Dass er in Erfüllung ging, ist ein Glück für Europa.

Durch diesen Umbruch wurde auch in den deutsch-tschechischen Beziehungen ein neues Kapitel begonnen – eine Beziehung mit einer langen, intensiven Geschichte, die für beide Seiten von besonderer Bedeutung ist. Für die meisten Tschechen ist das Verhältnis zu den Deutschen, wie es Václav Havel ausgedrückt hat, »ein Teil unseres Schicksals, sogar ein Teil

unserer Identität. Deutschland ist unsere Inspiration, wie unser Schmerz«. Dies sagte er 1995 bei der Veranstaltung *Gespräche mit dem Nachbarn* an der Karlsuniversität, und er fügte hinzu:

»Für die Deutschen ist das Verhältnis zu den Tschechen verständlicherweise nicht von einer derartig fundamentalen Bedeutung, es ist für sie jedoch wichtiger, als manche von ihnen vermutlich zugeben würden: Traditionell ist es einer der Tests, der auch den Deutschen ihr Selbstverständnis enthüllt. Mehrere Male ist Deutschlands Beziehung zu uns ein wahres Spiegelbild seiner Beziehung zu Europa gewesen.«

Richard von Weizsäcker, der auch an den Gesprächen teilnahm, stimmte ihm zu, indem er den Tschechen sagte: »Wir müssen in Ihre Richtung blicken, um selbst unsere Mitte wieder zu finden«.

Deshalb freue ich mich, nicht nur an diesem geschichtsträchtigen Ort zu stehen, um den Tag der Deutschen Einheit zu würdigen, sondern ich freue mich besonders, über dieses so wichtige Verhältnis sprechen zu dürfen und einen Ausschnitt der Zeit der letzten 17 Jahre zu reflektieren.

Der Moment, an dem in Berlin die Mauer fiel, ist für uns alle unvergesslich. Ich erlebte ihn im Bonner Parlament – am Fernsehapparat. Die Nachrichten zeigten die Menschen vor der überwundenen Mauer und darauf. Einigen Abgeordneten standen Tränen in den Augen. Zum ersten Mal war die Freiheit wieder für ganz Europa greifbar, auch für mich.

Ich zeige Ihnen hier ein Stück Stacheldraht. Solchem Stacheldraht bin ich dreimal in meinem Leben begegnet: zum ersten Mal auf meiner Flucht nach der Okkupation 1968. Damals blieb ich daran hängen, und ein Freund musste mir helfen. Später sah ich die Reste des Drahtes an den Pfählen der ungarisch-österreichischen Grenze. Schließlich nahm mich Hans-Dietrich Genscher in Bayern an die deutsch-tschechoslowakische Grenze mit; von dort stammt das mitgebrachte Originalstück. Von der anderen Seite kam damals Außenminister *Jiří Dienstbier*, und wir haben gemeinsam das durchschritten, was uns – Deutschland und die Tschechoslowakei – über Jahrzehnte geteilt hatte.

Als ich nach dem ›Prager Frühling‹ – genauer gesagt: nach der Okkupation – ins politische Exil geflohen bin, wurde ich sehr freundlich empfangen. Auch bei der ersten Reise Präsident Havel nach Ostberlin und München wurden wir sehr freundlich empfangen. Alles war sehr symbolträchtig, und alle kamen zum Gespräch: *Helmut Kohl*, Hans-Dietrich Genscher und Richard von Weizsäcker. Der freundliche Empfang galt insbesondere Havel, der schon damals die Symbolfigur des mitteleuropäischen, postsowjetischen Aufbruchs und der Freiheitsbewegung war.

Da allerdings auch Dissonanzen zu spüren waren, meinte Havel auf der Rückfahrt: »Es liegt noch ein sehr langer Weg vor uns«.

Die Tatsache, dass es immer noch möglich war, mit der Angst vor den ›großen Deutschen‹ in Tschechien, aber auch in Polen, innenpolitisch Stimmung zu machen, zeigt, wie weit der Weg zu normalen nachbarschaftlichen Beziehungen war und in einigen Punkten noch ist. Erst durch den friedlichen Umbruch 1989 konnte ein offener, nachbarschaftlicher Umgang entstehen. Diese neue Offenheit führte auch zu Konflikten, denn nun konnte die Aufarbeitung der Vergangenheit beginnen. Unter der Rhetorik des Kalten Krieges war eine ehrliche Aufarbeitung nicht möglich.

II. – Wir müssen uns vor Augen führen, dass sich das schändliche ›Münchener Abkommen‹ vom 30. September 1938, in dem die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens gegenüber Hitler in die deutsche Annexion des Sudetenlandes einwilligten, in diesen Tagen zum 68. Mal jährt. Die Verbrechen der NS-Okkupation und die Vertreibung der Sudetendeutschen waren bald darauf das grausame und traurige Ende der langen, schwierigen, aber auch produktiven Koexistenz von deutschen, tschechischen und jüdischen Bürgern in Böhmen. Die Aufarbeitung wurde, nach *Peter Becher*, zum »neuralgischen Punkt in dem unsichtbarem Dreieck« zwischen Deutschen, Tschechen *und* Sudetendeutschen. Leider wurde die Verarbeitung dieses Abschnitts der Geschichte oft in Form von pauschalen Verurteilungen betrieben. Richard von Weizsäcker sagte dazu einmal: »Schuld ist – genauso wie Unschuld – immer persönlich, nie kollektiv«. Mit diesem einfachen Satz differenzierte er sehr genau: Eine pauschale Verurteilung gegenüber Völkern und Gesellschaften können wir nicht zulassen. Wir müssen uns im heutigen Europa bemühen, diese Dinge differenziert zu betrachten.

Zwischen 1933 und 1948 wurde viel Schuld aufgeladen. In den damaligen Sudetengebieten wurde die Sudetendeutschen Partei (SdP) durch *Konrad Henlein* gegründet. Das führte auch zu einer politischen Mobilisierung, die sich bis zu der Forderung nach der Autonomie dieses Gebietes steigerte und im Grunde den Anschluss an Deutschland nach sich zog. Dass die damalige tschechoslowakische Regierung diese Forderungen nicht akzeptieren konnte, ist verständlich. Sie musste das ablehnen, da es praktisch die Auflösung der Tschechoslowakischen Republik bedeutet hätte. Dies geschah dann aber über den Umweg des ›Münchener Diktats‹: die Tschechoslowakei wurde doch zerschlagen. Die Errichtung des ›Reichsprotektorats Böhmen und Mähren‹ traf die Existenz der tschechischen Nation an ihren Wurzeln. Etwa 250.000 Menschen wurden in Konzentrations- und Vernichtungslagern und in Gestapo-Gefängnissen ermordet oder von Standgerichten zum Tode verurteilt und umgebracht.

Die Ortsnamen Lidice, Lezaky, Theresienstadt – sie bleiben für immer in unserer Erinnerung. Nach 1989 sind alle möglichen Tabus gefallen. Man konnte über die Bedeutung des Kapitalismus diskutieren; man konnte endlich über Privateigentum sowie über Verantwortlichkeiten sprechen. Aber *ein* Tabu hat sehr lange gehalten, und in bestimmten Bereichen existiert es noch immer: Das ist die Frage der Vertreibung der Deutschen, der Mitbürger der tschechoslowakischen Republik. Die Deportationen der Deutschen aus der Tschechoslowakei waren einer der größten ›Nachkriegstransfers‹, wie es offiziell heißt, in Europa. In den Jahren 1945 und 1946 mussten bei den ›wilden‹ Vertreibungen und anschließend auch bei den ›geordneten‹ mehr als drei Millionen Menschen die Tschechoslowakei verlassen. Etwa 250.000 Deutsche durften oder mussten bleiben und jahrelang mit begrenzten Bürgerrechten leben. Mit den ›Beneš-Dekreten‹ sollten die Sudetendeutschen, Ungarn sowie ›Kollaborateure und Verräter‹ enteignet werden.

Peter Becher hat daran erinnert, dass die böhmische Geschichte über Jahrhunderte hinweg durch die Rivalität zwischen tschechischen und deutschen Bewohnern des Landes gekennzeichnet war, die durch abwechselnde Phasen des Ausgleichs und der Anspannung hindurch eskalierte und schließlich im Terror der Nazi-Okkupation und in den Ausschreitungen der Vertreibung einen fatalen Höhepunkt erreichte, an dem beide Seiten zu Tätern und zu Opfern wurden, manchmal sogar in ein und derselben Person. So etwas hat die europäische Geschichte schon öfter mit sich gebracht. Die Vertreibung der Deutschen war nicht nur die Folge des Krieges und der Wille der Alliierten, sondern auch eine von Exzessen der Unmenschlichkeit – wie Lagerwillkür, Zwangsarbeit, Vergewaltigungen und Erschießungen – begleitete »ethnische Säuberung«. Ich benutze bewusst diesen Begriff, dem wir leider auf dem Balkan in den 1990er Jahren noch einmal begegnen mussten.

Ende der 1980er Jahre – noch in der Dissidentenzeit, aber schon im Umbruch – versuchte Václav Havel in Diskussionen mit anderen Dissidenten und uns im politischen Exil Lebenden diesem Problem beizukommen. Er schrieb, dass nicht nur er, sondern viele seiner Freunde die Vertreibung als unmoralische Tat verurteilten; nicht nur Deutschen, sondern auch Tschechen sei damit ein materieller und moralischer Schaden zugefügt worden. Schaut man sich die Gebiete, aus denen vertrieben wurde, heute etwas näher an und sieht, wie heruntergekommen sie sind, so bestätigt sich dies. Da es aber aus verständlichen Gründen keine materielle Entschädigung geben konnte, machte Havel später der deutschen Regierung einen anderen Vorschlag: eine ›doppelte Staatsbürgerschaft‹ für betroffene Personen, die sich dadurch an der ›Coupon-Privatisierung‹ in Tschechien beteiligen konnten. Dieses tschechische Modell für Restitution und Privati-

sierung verstaatlichten Eigentums bot die Möglichkeit, enteigneten Besitz durch Anteilscheine zurückzuerhalten. Der Vorschlag, dabei auch deutsche Vertriebene einzubeziehen, war eigentlich sehr klug und wichtig, aber er wurde nicht realisiert. Als Havel später gefragt wurde, warum er von Kanzler Kohl bzw. von Bundespräsident von Weizsäcker darauf keine Antwort bekam, obwohl anfänglich auf dem diplomatischen Weg Interesse bekundet wurde, sagte er: »Vielleicht kam der Vorschlag zu überraschend. Vielleicht gab es zu viele Menschen, die das klare Freund-Feind-Bild noch nicht aufgeben wollten.«

Gerade dieses Freund-Feind-Schema aber müssen wir überwinden. Nicht nur im Nachbarschaftskonflikt zwischen Deutschen und Tschechen, sondern auch im Bezug auf die aktuellen Probleme zwischen den Religionen und Kulturen. Es fußt immer darauf, nur die eigene Perspektive als legitim und richtig anzusehen bzw. anzuerkennen, und ist deshalb ignorant und falsch. Man muss die andere Perspektive respektieren und auch versuchen, eigene Fehler zu erkennen. Nur so können gute, friedliche Beziehungen zwischen Nachbarn, zwischen Kulturen und zwischen Religionen aufgebaut werden.

III. — Im deutsch-tschechischen Verhältnis haben wir einige Fortschritte gemacht. Vielleicht kann uns dieser Weg auch etwas bei der Lösung der großen aktuellen Fragen helfen. Der *Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit* von 1992, damals von Dienstbier und Genscher ausgehandelt, war ein Ausgangspunkt. Es war der erste Schritt auf einer neuen Etappe, die immer mehr miteinander, anstatt neben- oder gegeneinander durchschritten wurde.

Eine unvollständige Aufzählung von Initiativen und Begegnungen, die für dieses Miteinander stehen, sind zum Beispiel:

- das jährlich stattfindende deutsch-tschechische Symposium in Iglau;
- das jährliche ›Festival Mitte Europa‹, das Bayern, Böhmen und Sachsen verbindet;
- der Adalbert Stifter Verein, der den ›Kunstpreis zur deutsch-tschechischen Verständigung‹ vergibt;
- das schulübergreifende Projekt ›Poesie im Park‹, das unter anderem eine Zusammenarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung, des Goethe-Instituts und dessen Vertretungen in Prag ist;
- die Brücke-Most-Stiftung. Sie wurde ebenso für ihre Zeitzeugen-Dialoge bekannt, wie durch ihre tschechischen Kulturtage in Dresden und Freiburg.

1997 war das Jahr der *Deutsch-Tschechischen Erklärung* und somit das Jahr, in dem die Aussöhnung auch auf staatlicher Ebene fortgesetzt wurde. Es war nicht nur der Versuch, ein Kapitel abzuschließen, sondern auch der Startschuss für eine nach vorne blickende Zusammenarbeit. Es wurde der ›Zukunftsfonds‹ gegründet, ein sehr wichtiges Projekt. Das gilt auch für das ›Jugendforum‹, das der jungen Generation im politischen Dialog zwischen Deutschland und Tschechien eine Stimme gegeben hat. Es freut mich sehr, dass es sich auch in der Zukunft für die Förderung des Jugendaustauschs sowie für Bildungsprojekte einsetzen kann, was natürlich immer eine Frage des Geldes ist. All dies macht den Vertrag zu einem richtungweisenden und nachahmungswürdigen Beispiel für die Beziehung zweier Nachbarstaaten in Europa, die sich in der Vergangenheit Wunden zugefügt haben.



Milan Horáček

Erinnern möchte ich auch an den *Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis*, den die Stadt Osnabrück hier im selben Jahr dem bekannten Prager Schriftsteller *Ludvík Vaculík* verlieh. Er verfasste das *Manifest der 2000 Worte* und war Mitbegründer der Charta 77. Gleichzeitig wurde der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission der Sonderpreis des *Remarque-Friedenspreises* zugesprochen. Das war zu diesem Zeitpunkt sehr wichtig, weil es auch als Ergänzung zu der politischen Erklärung verstanden wurde, bei der – nicht zu unrecht, wie ich finde – kritisiert wurde, dass einige historische Debatten unter den Teppich gekehrt worden sind. Anders als in Remarques Roman *Im Westen nichts Neues*, der in Tschechien sehr geschätzt wird, gab es für uns ›im Westen etwas Neues‹, nämlich die Europäische Union. Die Beitrittsverhandlungen begannen 1998. Zu diesem Zeitpunkt hat die Tschechische Republik schon über den NATO-Beitritt verhandelt und ist dann auch beigetreten. Damit konnten die schon erwähnten Sorgen vor dem starken westlichen Nachbarn wieder etwas beruhigt werden; wir waren jetzt, wie man so schön sagt, ›Waffenbrüder‹.

Trotz vieler Beispiele der Aussöhnung blieben die Beziehungen auch weiterhin ›durchwachsen‹ und ambivalent. Wer die Wahrnehmungen und Projektionen im deutsch-tschechischen Verhältnis studieren möchte, sollte sich eingehender mit dem Jahr 2002 befassen: Dieses Jahr war nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Tschechischen Republik ein Wahljahr. Und es gab große Überschwemmungen besonders im Verlauf der Elbe, die auch halb Prag unter Wasser stehen ließen. Es gab große Hilfsbereitschaft und viel Unterstützung. Dies war aber auch das Jahr, in dem die deutsch-tschechischen Verstimmungen dazu führten, dass Bundeskanzler *Schröder* eine Pragreise absagte, obgleich in beiden Ländern sozialdemokratisch geführte Regierungen bestanden – ein im Feld der internationalen Beziehungen Aufsehen erregendes Ereignis, zu dem das Verhalten des damaligen tschechischen Ministerpräsidenten *Zeman* den Anlass geboten hatte. Er hatte nicht nur gesagt, die Sudetendeutschen seien die ›fünfte Kolonne‹ der Nazis gewesen. Er hatte auch in Israel vorgeschlagen, das Problem mit den Palästinensern ebenso zu lösen, wie Tschechien die Sudetenfrage gelöst hatte. *Joschka Fischer* reiste daraufhin sofort nach Prag und wollte »Diplomatie betreiben«. Der tschechische Ministerpräsident beruhigte ihn mit den Worten: »Sie kennen es doch selbst; das Zitat wurde aus dem Zusammenhang gerissen.« Fischer flog wieder zurück, ich warnte ihn davor, dem Ministerpräsidenten zu glauben, und noch am Abend seines Rückflugs sendete das tschechische Fernsehen einen Mitschnitt des israelischen Fernsehens, der bestätigte, dass die Anschuldigungen zutreffend waren.

Es gab aber auch positive Signale: Vielleicht war es gerade wegen der Komplikationen, dass sich der Bundesvorsitzende der sudetendeutschen Landsmannschaft *Bernd Posselt*, der nun mein Kollege als Europaabgeordneter ist, öffentlich in einer Live-Sendung des tschechischen Fernsehens für die Mitschuld der Sudetendeutschen an der NS-Okkupation entschuldigte. Auch die tschechische Initiative junger Umweltschützer im Braunaauer Ländchen, bei Weckersdorf in Ostböhmen, ist dafür ein Beispiel. Sie entdeckten, dass dort in einer Schlucht Deutsche umgebracht worden waren, starteten daraufhin eine große Initiative und haben ein Versöhnungskreuz aufgestellt.

Der Beitritt zur Europäischen Union ist auch für die deutsch-tschechischen Beziehungen ein bedeutender Schritt gewesen. Durch die Mitgliedschaft wurden manche Ängste gemindert. Dadurch entspannte sich der Umgang mit dem großen Nachbarn im Westen. Zwar wurde im tschechischen Parlament noch kurz vor dem Beitritt mit großer Mehrheit – eigentlich einstimmig – beschlossen, dass sich der frühere Außenminister, Regierungschef und Staatspräsident *Edvard Beneš* um den Staat verdient gemacht habe. Aber die Vertreibung der Deutschen wurde in dieser Parlamentsdebatte nicht diskutiert. Wozu diese Provokation dienen sollte, ist

klar; man wollte die Beneš-Dekrete nicht aufgeben. Es gibt immer noch Auseinandersetzungen zu diesem Thema, und es wird sie so lange geben, bis man zu einer vernünftigen Lösung kommt: Was damals geschah, ist die eine Geschichte. Aber dass wir heute *nicht mehr akzeptieren* würden, was damals geschehen ist, ist die andere Seite. Dies ist nicht irgendein beliebiger Streit um 60 Jahre alte Dekrete. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie wir hier in Europa bestimmte Probleme reflektieren.

Doch das neue Verhältnis zu den Deutschen wird deutlich, wenn man den Wahlkampf von 2002 mit dem im Jahr 2006 vergleicht. Noch vor vier Jahren wurde antideutsche Stimmung erzeugt, um Wähler zu fangen; das war ganz klar zu erkennen. Jetzt war das kein Thema mehr, und mehr noch: selbst nach den vielen deutschen Fahnen während der Fußball-Weltmeisterschaft hat sich an dieser Betrachtung nichts geändert. Außerdem wird mit jedem weiteren Beitritt die Angst geringer, dass die EU zu einem deutschen Projekt werden könnte. Bei bald einer halben Milliarde Menschen in der EU sind selbst die 80 Millionen Deutschen gegenüber den 10 Millionen Tschechen gar nicht so dominant. Jeder, der den ›bösen Deutschen‹ braucht, um sich innenpolitisch zu profilieren, ob in Tschechien oder anderswo, kann eigentlich nicht mehr ernst genommen werden.

Dass es auch anders geht, zeigt die nordböhmische Stadt Aussig. Vor dem Krieg lebten dort bis zu 90% Deutsche mit tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit. Im Jahr 2005 erinnerte die Stadt mit einer Gedenktafel an die Deutschen, die dort vor 60 Jahren während eines der schlimmsten Nachkriegsverbrechen von Tschechen umgebracht worden sind. Was damals passierte, ist unvorstellbar: Von einer Brücke wurden Menschen in die Elbe geworfen – sogar Mütter mit Kindern. Wer wieder ans Ufer kam, wurde erschlagen oder erschossen. Das war nach dem Krieg, in ›Friedenszeiten‹. Bis 2008 soll in Aussig ein Zentrum für tschechisch-deutsche Studien entstehen, das ›Collegium Bohemicum‹.

Nicht zuletzt hat auch die Fußball-WM 2006 eine Seite der Deutschen bzw. der deutschen Gesellschaft gezeigt, die den Tschechen, aber natürlich nicht nur den Tschechen, so nicht bekannt war. Vielleicht war sie auch den Deutschen selbst nicht so bekannt. Ich hoffe, dass wir gemeinsam, Deutsche und Tschechen, den Weg, den wir seit 1989 beschreiten, weiter verfolgen. Denn Deutschland ist nicht auf Hitler, Goethe und *Toni Schumacher* zu reduzieren, wie es tschechische Studenten laut einer Umfrage angaben, und umgekehrt besteht Tschechien ebenso wenig nur aus Bier, *Smetana*, *Kafka* oder *Hašeks* ›bravem Soldaten *Schwejk*‹.

IV. — Lassen Sie mich noch einmal in die Vergangenheit blicken, damit ich die zukünftigen Herausforderungen für Deutsche und Tschechen – für uns Europäer – besser beschreiben kann.

Der Westfälische Friede war einer der wichtigsten Meilensteine in der Geschichte der internationalen Beziehungen. Mit dem hier abgeschlossenen Frieden und der machtpolitischen sowie territorialen Neuordnung Europas wurde der Grundstein für das europäische Staatensystem gelegt. Aber dieses System ist inzwischen überholt! Die Nationalstaaten sind nicht mehr die einzigen Akteure des internationalen Systems. Man kann sie auch nicht mehr als ›Souverän‹ im klassischen Sinne bezeichnen. Selbst die territoriale Differenzierung wird zunehmend hinterfragt oder als zweitrangig wahrgenommen. Grenzen verlieren an Bedeutung oder lösen sich auf, und gleichzeitig entstehen Einflussbereiche. Der Wandel im internationalen System wird durch die semantische Verschiebung von der *Staatenwelt* hin zur *Weltgesellschaft* symbolisiert. Die Veränderungen, die sich dadurch und daraus für das internationale System ergeben, sind tief greifend: Einerseits hat die Bedeutung anderer politischer Ebenen – der regionalen wie der supranationalen – zugenommen. Es steigt die Zahl von nicht-staatlichen Akteuren – Nichtregierungsorganisationen, multinationalen Konzernen oder auch terroristischen Netzwerken. Man kann Tendenzen zur *Privatisierung* der internationalen Politik erkennen. Am Rechtssystem wird dies deutlich: Hier ist ein Anstieg von nicht-staatlichen, privaten Rechtsregimen festzustellen. Ihre Legitimation ist gesellschaftlich fundiert, nicht mehr staatlich. Entstanden sind sie aufgrund eines Regelungsbedürfnisses von Systemen oder Gemeinschaften, die ihren Ursprung jenseits des Staates haben. Die Entwicklung dieser Rechtssysteme zeigt, dass sich ökonomische, politische und zivilgesellschaftliche Räume immer weniger mit nationalstaatlichen politischen Räumen decken. Besonders deutlich wird dies anhand der globalisierten Wirtschaft, deren Akteure gelernt haben, nationale Unterschiede auszunutzen. Aber auch die Gefahren und Probleme sind nicht mehr nationalstaatlich zu lösen.

Das alles zeigt, dass das Westfälische System in der bekannten Form nicht mehr besteht. Der 9. 11. 1989 und der 11. 9. 2001 sind Meilensteine der Geschichte, genauso wie es einst 1618 und 1648 waren. Um weiterhin in Frieden und Sicherheit leben zu können, müssen wir auf diesen Wandel eingehen und uns die Frage stellen, wie wir darauf reagieren müssen.

Auf den ersten Blick ist diese Frage schon beantwortet: Durch die europäische Integration! Das ist leicht gesagt, doch diese Antwort wirft noch schwierigere, keineswegs beantwortete Fragen auf: Wie soll diese Integration funktionieren? Wo soll sie enden? Vor dieser Frage rangiert noch eine andere Frage, und sie kann nirgends besser gestellt werden als hier:

Was bedeutet ›Frieden‹ im 21. Jahrhundert?

Müssen wir, wenn das Westfälische System überholt ist, nicht auch den alten Friedensbegriff hinterfragen und neu definieren? Muss der Begriff nicht um jene Dimensionen erweitert werden, die auch im post-westfälischen

lischen System den Rahmen internationaler Beziehungen abstecken? Genauso wie der Nationalstaat weiterhin eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen einnimmt, ist auch der militärische Friede weiterhin von zentraler Bedeutung – leider oder Gott sei Dank. Aber die Ansprüche haben sich in diesem Bereich geändert. Die terroristische Bedrohung hat die Sicherheitsbedürfnisse unserer Gesellschaft radikal verschoben. Wir müssen darüber nachdenken, in welchem Verhältnis diese Bedürfnisse zu unserem ebenso elementaren Verlangen nach Freiheit steht. Ich möchte deshalb drei weitere Dimensionen in den post-westfälischen Friedensbegriff integrieren.

Bei der *innergesellschaftlichen* Dimension denke ich zuerst an die Wahrung der Menschenrechte. Denn der äußere Frieden ist wenig wert, wenn es innerhalb der Gesellschaft keine Freiheit gibt. Die Sicherung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit ist dabei zentral. Diese Rechte sind unteilbar und universal. Nur auf dieser Basis kann man innergesellschaftliche Konflikte demokratisch austragen. Der Einzelne muss vor gewalttätigen Übergriffen des Staates geschützt werden; die Rechte der Minderheiten sind unabdingbar. In der tagtäglichen Arbeit des Menschenrechtsausschusses muss ich immer wieder feststellen, dass diese Menschenrechte in vielen Teilen der Welt nicht vorhanden sind. Es gibt wenige Staaten, von denen wir sagen können, die Menschenrechte werden dort geachtet. Auch in den europäischen Staaten ist die Gefahr, dass es zu einem Rückschritt kommt, nicht für immer beseitigt. Wir erleben in vielen Staaten, dass sich nationalistische und rassistische Stimmen erheben. Sogar von höchsten Stellen spricht man von dieser und jener Gefahr, und als Lösung empfiehlt man z.B. die Wiedereinführung der Todesstrafe. Wir müssen der Gefahr des Totalitarismus ins Auge sehen. Deshalb kommen wir nicht umhin, die Wahrung der Menschenrechte zu üben – auch innerhalb der EU. Nur aus einer freien und demokratischen Gesellschaft heraus kann der Frieden mit anderen Regionen gesichert werden, auch weil undemokratische Regime versuchen, durch Aggressionen nach außen von internen Problemen abzulenken.

Ich möchte auch auf die *ökonomische* Dimension des Friedens hinweisen, sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch im globalen Kontext. Die Schere zwischen Reich und Arm muss geschlossen werden, wenn wir friedlich zusammenleben möchten. Ökonomischer Frieden heißt auch, die Ausbeutung von Menschen zu mindern. Das alles ist nur möglich, wenn es ein politisches Gegengewicht zu den transnationalen Konzernen gibt. Diese haben sich im Zuge der Globalisierung eine Position verschafft, von der aus sie unser aller Leben zunehmend bestimmen. Wenn dem so ist, wenn sich der ökonomische Imperativ durchsetzen sollte, dann wird es keine Solidarität mit den Schwächeren geben. Dann gibt es keinen sozialen

Frieden. Es bedarf also wieder eines politischen und moralischen Rahmens, in dem wirtschaftliches Handeln stattfinden kann, zumindest wenn man von einem friedlichen – also von moderner Sklaverei befreiten – Leben in einer solidarischen Gemeinschaft sprechen will.

Nicht zuletzt müssen wir mit der Ausbeutung und der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen aufhören. Das ist die dritte, die *ökologische* Dimension des Friedens. Was helfen uns der gesellschaftliche, der ökonomische und der soziale Frieden, wenn wir in einer lebensfeindlichen Umwelt zurechtkommen müssen? Ist eine von Klimawandel und Umweltverschmutzung, von Wasserknappheit und Luftverpestung, von Überschwemmung und Dürre geprägte Welt ein friedlicher Ort? Der Schutz der Natur wird zur Friedenspflicht, weil eine saubere Umwelt Grundlage des Friedens ist, nicht zuletzt weil der Kampf um die natürlichen Ressourcen noch heftiger geführt werden wird, wenn es statt um Öl um so lebenswichtige Elemente wie Wasser gehen wird.

Wenn wir in einer globalisierten Welt friedlich miteinander leben wollen, stellen sich uns große Herausforderungen. Ich glaube, dass es nur über supranationale Organisationen wie die Europäische Union oder gar nur auf der globalen Ebene möglich ist, diese Aufgaben zu meistern. Nur wenn sich die europäischen Nationalstaaten weiter zusammenschließen und der *Erweiterung* eine institutionelle *Vertiefung* folgen lassen, haben sie die Kraft, die ökologischen, ökonomischen, zivilgesellschaftlichen und die neuen militärischen Herausforderungen der Gegenwart auf politischem Wege zu bewältigen. Dafür ist die Vertiefung der EU unumgänglich. Europa braucht eine verfasste Grundlage, die einen Konsens ermöglicht. Nur so können wir irgendwann mit einer Stimme sprechen. Aber momentan fehlt es sowohl an adäquaten institutionellen Strukturen als auch an einem ausgeprägten europäischen Gemeinschaftsgefühl. Von dem vorgezeichneten Weg dürfen wir uns nicht durch die Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und in den Niederlanden abbringen lassen. Denn die Defizite der EU sind weiterhin vorhanden, und sie werden durch den Beitritt von neuen Mitgliedern – wie die zum kommenden Jahresbeginn – nur noch verschärft werden.

Die EU muss auch institutionell über einen Verbund von Nationalstaaten oder eine Wirtschaftsunion hinausgehen, um weiterhin den Frieden – und zwar in allen Dimensionen – in Europa zu sichern. Die heutigen Strukturen basieren immer noch auf dem Vertrag von Nizza. Wenn sie so bleiben, ist die Gefahr einer ›Balkanisierung‹ Europas mindestens ebenso groß wie die Hoffnung auf eine Europäisierung des Balkans. In den vergangenen Monaten mussten wir wieder erfahren, dass es immer noch genügend Politiker gibt, die versuchen, mit nationalen Ressentiments zu spielen, also eine Balkanisierung der EU zu betreiben. Ich denke hierbei an die Debatte

über das geplante ›Zentrum gegen Vertreibungen‹. Die polnische Regierung hat dieses Projekt benutzt, um im Land Ängste zu schüren. Doch falls es für Polen eine Bedrohung gibt, kommt sie nicht mehr aus dem Westen. Ich möchte anmerken, dass es bei dem Zentrum gegen Vertreibungen nicht um materielle Entschädigungen, eine Anklage oder gar um den Versuch geht, die Täter- und die Opferrolle zu vertauschen. Es ist eine Forderung nach politischer und moralischer Anerkennung des erfahrenen Unrechts im 20. Jahrhundert, nicht nur für die Deutschen, sondern für alle Vertriebenen von Armeniern bis zu Bosniern.

V. – Lassen Sie mich noch einmal zu den Defiziten der EU und deren Behebung kommen: Der Erfolg der polnischen Regierung, Ängste zu schüren, sowie die institutionellen Defizite der EU zeigen an, dass es noch keine starke europäische Bürgerschaft gibt. Das ist ein offenkundiger Mangel an europäischem Gemeinschaftsgefühl. Europa braucht aber das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen, wenn eine weitere Vertiefung angestrebt werden soll.

Nur, wie soll eine *europäische* Identität aussehen?

Es handelt sich hierbei um eine *politische* und nicht um eine kulturelle Identität. Wenn wir versuchen würden, eine einheitliche europäische Kultur zu beschreiben oder gar zu stiften, wäre das nicht möglich; es wäre sogar gefährlich. Alle jene, die Angst um ihre nationale Identität haben, wären dann gegen das Projekt Europa. Das würde unüberwindbare Widerstände aufbauen. Es gibt aber noch einen weiteren Grund, die europäische Identität auf das Politische zu beschränken. Europa hat einen unermesslichen Schatz an verschiedenen Sprachen, Bräuchen und Traditionen – ob diese nun literarischer, musikalischer oder kulinarischer Natur sind. Dieses vielfältige kulturelle Erbe ist wiederum einmalig. Das gilt es zu bewahren und zu pflegen. Die Sprachenvielfalt ist genauso wichtig für das Projekt Europa wie die Unterschiede der Geschmäcker und der Wahrnehmung. Europa braucht diese *Vielfalt der Sinne*. So können wir erfahren, wie spannend das Fremde ist. Wir erleben, wie sehr uns Neues bereichern kann. Trotzdem braucht Europa eine gemeinsame Basis. Diese besteht in gemeinsamen Standards, besonders in dem politischen Willen zur Bewahrung der Menschenrechte und unserer demokratischen Werte. Es geht aber auch um Standards, die das Miteinander-Leben, den Austausch untereinander erleichtern, z.B. den Abbau von Grenzen und den gemeinsamen Euro.

Doch wie soll diese *politische* Identität aussehen?

Sie darf keinesfalls als Ersatz für eine nationale oder regionale Identität verstanden werden. Ich möchte deshalb das Bild des Mehrebenensystems aufgreifen, um dies zu verdeutlichen. Ähnlich wie die Parlamente der europäischen Nationalstaaten im Zuge der Europäisierung in ein Mehr-

ebenensystem eingebunden wurden, kann auch die europäische Identität als Ergänzung zur nationalen und regionalen Identität verstanden werden. Dafür ist die Abgrenzung von der nationalen Identität wichtig. Nur wenn sich eine europäische Identität als etwas Neuartiges entwickelt und nicht die Muster einer nationalen Identität übernimmt, können beide nebeneinander bestehen. Das birgt aber auch einen nicht zu verachtenden Vorteil, wie *Michael Walzer* schrieb: »Wenn sich Identitäten vervielfältigen, teilen sich die Leidenschaften«.

Und wie *entsteht* eine europäische Identität?

Sie entsteht durch die gemeinsamen Projekte und Aufgaben der Zivilgesellschaft. Wie schaffen wir es, dass wir uns der europäischen Idee verbunden fühlen? Wie werden wir zu Europäern? Wir brauchen dafür Kraft und auch Geduld. *Identität* entsteht nur sehr langsam und wir sollten uns davor hüten, sie nur von oben stiften zu wollen. Sie muss von den Menschen kommen; Schritt für Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Bürgerschaft, in kultureller Vielfalt und in politischer Gleichheit – vereint. Das ist, wie es *Daniel Cohn-Bendit* öfters wiederholt hat, »Europa, die Utopie, für die es sich zu kämpfen lohnt«.

Es gab einen böhmischen König im späten Mittelalter, *Jiří von Poděbrad*, der ein gemeinsames Europa skizzierte. Seitdem träumen viele davon, und Václav Havel sagte auch: »Wenn wir nicht von einem besseren Europa träumen, werden wir niemals ein besseres Europa schaffen«; auch das ist ganz logisch.

Böhmen war einst das blühende Zentrum Europas. Menschen unterschiedlicher Sprachen, Religionen und Kulturen haben neben- und miteinander gelebt. Europa ist heute Ort des Wohlstands mit noch mehr Sprachen und verschiedensten Kulturen. Die einstige Region Böhmen gibt es so nicht mehr. Auch das Miteinander vieler Kulturen hat sich verändert. Die historischen Belastungen sowie alte und neue Vorurteile beeinträchtigen weiterhin die deutsch-tschechischen Beziehungen und trüben die wechselseitige Wahrnehmung des Nachbarn. Die politischen Veränderungen – vom Mauerfall bis zum EU-Beitritt – haben die Voraussetzungen für ein neues Miteinander auf der Grundlage wechselseitiger Toleranz und Achtung geschaffen.

Aber die böhmische Symbiose ist nicht mehr.

Wenn wir über Europa reden, wenn wir darüber streiten und diskutieren; wenn wir für unsere Ideen kämpfen, sollten wir immer auch die böhmische Geschichte im Hinterkopf behalten. Sie hat uns gezeigt, wie verschiedene Kulturen miteinander leben können.

Sie hat aber auch gezeigt, was passiert, wenn wir es nicht tun.